



Calmer Calmbach Nr. 126. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang.

Verlagspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.00 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12.00 mit Postgelde. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Reichstag.

Aussprache über die Regierungserklärung.

Berlin, 2. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichstags wurde regierungstreu mitgeteilt, daß die demokratische Interpellation über Oberschlesien und die der Deutsch-Nationalen wegen der Ergänzungsprüfung der Beamten der Besoldungsgruppe VI innerhalb der gesetzlichen Frist beantwortet werden. Dann trat das Haus einer Entschließung seines Volkswirtschaftlichen Ausschusses bei, den langfristigen Erwerblosen eine geldliche Beihilfe zur Beschaffung von Kleidung und Schuhzeug zu gewähren, sie gegenüber den übrigen Erwerblosen besonders zu berücksichtigen und ihnen auch die Unterstützung über 26 Wochen hinaus zu bezahlen. Es folgte die Besprechung der Regierungserklärung in Verbindung mit den kommunistischen und unabhängigen Anträgen auf Amnestiegewährung und Aufhebung der Ausnahmebestimmungen. Abg. Holz (Soz.) erklärte dabei, daß die Regierung mit der Annahme des Ultimatums den einzig möglichen Weg gegangen sei, um uns das Ruhegebiet zu retten und in Oberschlesien nicht vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Ausnahmebestimmungen müßten abgebaut werden, aber gegen eine allgemeine Amnestie habe er schwere Bedenken. Der Redner präziserte dann die Stellung seiner Partei zu dem finanziellen Teil des Regierungsprogramms und sagte, daß eine weitere Belastung des Volkes Voraussetzung für jede neue Belastung der breiten Masse sei. Nach einer Polemik gegen rechts erklärte er, seine Partei sei Gegner einer Kontinentalpolitik, die sich gegen England richte. Auch das Handelsabkommen mit Rußland begrüße sie. — Abg. Becker-Altensberg (Z.) erklärte, daß zur Durchführung des Ultimatums alle notwendigen Opfer gebracht werden müßten. Er erwarte aber, daß die Sanktionen endlich aufgehoben werden. Mit Bezug auf die Steuerprojekte erklärte er sich mit einer Versteuern und Kohlensteuer einverstanden. Auch Tabak, Süßholz und Zucker könnten nicht verschont werden. Unter allen Umständen müsse der Luxus erspart werden. Die Meiersteuer kann, so schwer sie auch sei, nicht entbehrt werden, wenn wir die Bauwirtschaft nicht aufgeben wollten. Mit der Haltung der Regierung in der Frage der Ausnahmebestimmungen sei er einverstanden und lehne eine allgemeine Amnestie ab. Mit einem Protest gegen die Schandtat von Korfantos schloß der Redner. — Abg. Edler v. Braun (D. N.) bedauerte, daß der Reichskanzler sich nicht klar und bündig über sein Programm ausgesprochen habe. Die Regierung, die das Ultimatum angenommen habe, müsse sich auch über die Mittel und Wege zu seiner Erfüllung klar sein. Er fragte, warum sie nicht auf sofortiger Aufhebung der Sanktionen bestanden und in Oberschlesien nicht energischer gewesen sei. Vom Reichskanzler verlange er genaue Aufschluß über seine finanziellen Pläne und warne vor einer Überdehnung des Bogens. — Wiederbauminister Dr. Rathenau: Ein Programm zu geben: sei jetzt nicht möglich. Im Laufe eines Menschenalters werde unser Wirtschaftsleben umgestaltet sein. Leicht sei ihm die Übernahme des Ministeriums nicht geworden. Schwerste Bedenken habe er gegen die Unterzeichnung des Ultimatums gehabt, weil er die Indexzahl für 1913 hatte. Trotzdem habe er nicht beiseite stehen wollen. Er sei überzeugt, daß das deutsche Volk die Forderungen erfüllen könne. Zum Schluß bat der Minister um die Unterstützung aller Parteien. Nachdem Reichskanzler Dr. Wirth verschiedene Angriffe des Abg. Edler von Braun auf ihn wegen seiner Haltung in der bayerischen Einwohnerwehrfrage zurückgewiesen hatte, verlangte der Abg. Senke (U.S.) die Aufhebung der Ausnahmebestimmungen. In Bezug auf die Steuerpläne der Regierung sagte er, daß die Landwirtschaft keiner weiteren Unterstützung bedürfe und sprach sich besonders gegen die indirekten Steuern aus. Um 6.15 Uhr vertagte sich das Haus auf morgen nachmittags 1 Uhr. Tagesordnung: Kleine Anfragen. Interpellation Stresemann über die Sanktionen und Weiterberatung.

*

Am die Haltung der Reichstagsparteien zum Regierungsprogramm.

Berlin, 3. Juni. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ werden die Reichstagsfraktionen der Regierungsparteien heute vormittags den endgültigen Wortlaut ihrer Erklärung zu dem Programm des Reichskanzlers festsetzen. Die Erklärung wird voraussichtlich so formuliert werden, daß sowohl für die Deutsche Volkspartei, als auch für die Unabhängigen keine Bedenken bestehen, für sie zu stimmen oder zum mindesten sich der Stimmen zu enthalten.

Die ober-schlesische Frage.

Fortdauer der polnischen Gewalttaten.

Oppeln, 2. Juni. Die Lage in Oberschlesien hat gegen gestern eine wesentliche Veränderung nicht erfahren. Die schweren Ausschreitungen der Insurgenten im Kreise Rosenbergs dauern an. Meldungen über die Fortsetzung des zum Stillstand gekommenen Vormarsches der englischen Truppen in der Gegend von Groß-Strehlitz liegen bisher noch nicht vor. Der deutsche Bevollmächtigte in Oppeln ist erneut bei der Interalliierten Kommission wegen der Verschleppung des Abgeordneten Hartmann vorstellig geworden. Die Interalliierte Kommission hat dem Grafen Praschma mitgeteilt, sie habe Nachforschungen eingeleitet und werde sobald wie irgend möglich von dem Ergebnisse der zur Freilassung eingeleiteten Schritte Kenntnis geben. Der deutsche Bevollmächtigte ist angewiesen, nachdrücklich die sofortige Freilassung des Abgeordneten Hartmann weiter zu betreiben.

Die Antwort der deutschen Selbstschutzorganisation auf die Auflösungsforderung.

Berlin, 2. Juni. Wie die „Post-Zeitung“ aus Breslau meldet, hat General Höfer auf die Forderung einer Deputation der interalliierten Kommission, den deutschen Selbstschutz zurückzuziehen, u. a. geantwortet: Die deutsche Bevölkerung müßte zur Selbstverteidigung schreiten, da die Maßnahmen der interalliierten Kommission zu ihrem wirksamen Schutz nicht ausreichen. Der Selbstschutz tritt für den Rechtszustand ein, für dessen Wiederherstellung die restlose Vertreibung der polnischen Ausführer vom ober-schlesischen Boden Bedingung ist. Die Forderung, den Selbstschutz aus seiner jetzigen Stellung zurückzuziehen, bevor der Rechtszustand in Oberschlesien durchgeführt ist, ist undurchführbar. Sie stellt den in berechtigter Notwehr handelnden Selbstschutz den polnischen Insurgenten gleich. Eine solche Gleichstellung mit jenen, die den Rechtszustand in frevelhafter Weise brachen und Elend und Not über unsere ober-schlesische Heimat brachten, wird von der deutschgeimmten Bevölkerung Oberschlesiens mit tiefer Entrüstung abgelehnt. Der geschäftsführende Ausschuss der deutschen politischen Leitung hat beim General Lerond die Antwort des Generals Höfer in dringenden Darlegungen unterstützt.

Die erzwungene Unterdrückung des Freiwilligenwerbedienstes für Oberschlesien.

Berlin, 2. Juni. Wie der „Vorwärts“ aus Braunschweig meldet, wurde dort in den Räumen der studentischen Verbindung „Germania“ von der Polizei eine Werbestelle für Oberschlesien ausgehoben. Der Leiter der Werbestelle, der frühere Reichswehrhauptmann Rügen, wurde verhaftet.

Englische Stimmen zur Lage.

London, 2. Juni. „Daily News“, deren diplomatischer Mitarbeiter annimmt, daß die Konferenz des Obersten Rats Ende nächster Woche stattfindet, schreibt, die Theorie, daß eine weitere Prüfung durch Sachverständige nötig sei, sei nicht aufrecht zu erhalten. Der Oberste Rat könne nicht seine Verantwortlichkeit für diese These von sich weisen. — „Daily News“ erklären, der Prozeß der endgültigen Stabilisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten könne nicht beendet werden, bevor die Zukunft Oberschlesiens bekannt sei. Deutschland müsse die Erlaubnis erhalten, das ihm zugesprochene Gebiet zu besetzen. Jeder neue Tag der Ungewißheit bedeute einen Schlag gegen die Wohlthat Europas.

London, 2. Juni. „Daily Chronicle“ erklärt, die französische Politik der Verzögerung in Oberschlesien und der Verlängerung des Zwischenzustandes müsse unvermeidlich die Politik der Korfanth-Leute begünstigen. Es sei jetzt fast ein Monat vergangen, seitdem der Aufstand von Korfantos stattfand, anscheinend mit der Einwilligung der französischen Behörden. — „Daily Chronicle“ schließt, das Risiko, das durch die Verzögerung der ober-schlesischen Frage entstehe, müsse im Interesse der Entente auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden.

Spanische Stimmen.

Madrid, 2. Juni. Die spanische Presse beschäftigt sich in zahlreichen Artikeln mit der ober-schlesischen Frage. — ABC betont, daß Oberschlesien ungeteilt an Deutschland fallen müsse. Das Blatt kritisiert die französische Auffassung als irrig. In einem Leitartikel der „Epoca“ wird auf die Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und England und auf die Bedeutung der Erhaltung der deutschen Herrschaft über Oberschlesien hingewiesen.

Zur auswärtigen Lage.

Die belgische Außenpolitik. Brüssel, 2. Juni. (Agence Havas.) In der Kammer erklärte bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Auswärtigen Minister Jaspar, Deutschland habe den ersten Beweis guten Willens

gegeben; man solle ihm Vertrauen schenken. Die britische Regierung sei durchaus entschlossen, die durch den Vertrag von Versailles auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Die belgische Regierung werde ihr die Aufgabe gewiß nicht erschweren. Man betrete einen Weg, der den politischen und wirtschaftlichen Frieden endgültig sichere. Belgien trete entschlossen für den westlichen Block ein, der Frankreich, England, Italien und Belgien umschließen müsse und auf dem Belgiens Sicherheit beruhe. Im Konzert der Entente sei Belgien zu einer wichtigen Rolle berufen. Indem die Regierung der Vereinigten Staaten es abgelehnt habe, die unannehmbaren Vorschläge Deutschlands weiterzuleiten, habe sie der Sache des Friedens einen Dienst erwiesen. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine belgisch-englische Militärkonvention die belgisch-französische Entente vervollständigen werde.

Belgische Lügenberichte über Deutschland.

Brüssel, 1. Juni. Die „Nation Belge“ meldet, daß in einem Keller in Frankfurt a. M. 400 Luftschiffmotoren gefunden worden seien. Sie gibt im Hinblick auf diese Meldung einen Überblick über verschiedene ins Leben gerufene militärische Organisationen, die Deutschland angeblich zur Weltmachtung der durch den Versailler Vertrag geforderten Entwaffnung geschaffen habe. Das Reich habe nur nominell die zugehörigen 100 000 Mann unter Waffen. Tatsächlich bestimme es zwanzigmal soviel. Die Kontrolle der Entwaffnung müsse weit intensiver durchgeführt und ein besonderes Augenmerk auf die Herstellung von Luftfahrzeugen gerichtet werden. Es dürfe nicht wieder vorkommen, daß wie nach der Schlacht von Jena man das deutsche Heer zu gering einschätze.

Deutschland hat gerade in den letzten Tagen zahlreiche Beweise dafür geliefert, daß es den besten Willen hat, abzurufen. Derartige, in keiner Weise bestätigte Lügenberichte unserer ehemaligen Feinde beweisen, daß man dem belgischen Volk eine Ansicht von Deutschlands Gefährlichkeit suggerieren will, um die Raubpolitik der Regierung Deutschland gegenüber ungehindert fortsetzen zu können.

Die Gründe des Rücktritts der österröischen Regierung.

Wien, 2. Juni. In der Sitzung des christlich-sozialen Clubs begründete der Bundeskanzler heute die Demission der Regierung und erklärte, die Regierung glaube die Verantwortung für die möglichen Wirkungen der Anschließbestimmungen auf die Kreditaktion nicht übernehmen zu können. Gänzlich unhaltbar sei die Lage der Regierung durch die Haltung der deutschen Volkspartei geworden.

Englische Hege gegen Deutschland.

London, 1. Juni. Im Unterhaus wurde die Resolution betreffend den Schutz der Schiffsindustrie angenommen. Im Verlauf der sehr erregten Debatte erklärte Sir Alfred Mond, innerhalb eines Jahres bestimme, wie er glaube, keine Aussicht auf die Herstellung normaler Währungen. Die deutsche Regierung halte die Löhne niedrig, indem sie künstlich die Lebensmittelpreise drücke und halte durch Papierwährung die deutsche Valuta absichtlich tiefer, als sie sonst sein würde. Sir Alfred Mond fragte, wie bei einer solchen Handlungsweise der deutschen Regierung die Währung normal sein könne.

Neue polnisch-litauische Streitigkeiten.

Brüssel, 2. Juni. Infolge des Antrags der polnischen Delegation in Brüssel, Vertreter der Wilnaer Polen als gleichberechtigt zu den Brüsseler Verhandlungen zuzulassen, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Die litauische Delegation protestierte gegen diesen Antrag aus rechtlichen und politischen Gründen und wies darauf hin, daß der Antrag den Zusicherungen der Polen selbst, sowie den Beschlüssen der Pariser Konferenz widerspreche. Ferner verlangte die litauische Delegation die strikte Ausführung des Vertrags von Suwalki. Heute soll die letzte Sitzung stattfinden. Mit der polnisch-litauischen Streitfrage wird sich nach dem Abbruch der Verhandlungen der Völkerbundsrat von neuem befassen.

Ruhe in Wladiwostok.

London, 3. Juni. Reuter meldet aus Wladiwostok, daß die Lage wieder normal ist und daß in der Stadt anstelle der roten Fahne wieder die russische Tricolore weht. Die Bolschewistenführer befinden sich in der Hand der Japaner.

Paris, 2. Juni. Nach einer Kabelmeldung der „Chicago Tribune“ aus Tokio ist die bolschewistische Regierung von Wladiwostok durch Aufstand am 26. Mai gestürzt worden. Die Russen geben die von ihnen eingesetzte Regierung als republikanisch-demokratisch aus.

Russisch-japanische Reibereien.

Paris, 1. Juni. Nach einer Kabelmeldung der „Chicago Tribune“ aus Paris hat der Generalkonsul der japanischen Streitkräfte in Wladiwostok, General Kamura, das russisch-japanische Vermittlungskomitee unterrichtet, daß er die Absicht habe, innerhalb eines Monats japanische Truppen zu einer Expedition nach den Küstenprovinzen auszuschießen. In der russischen Antwort wird gesagt, daß ein solches

urg. Freunde und den 4. Juni. Feier 1921 stattfindenden. Zeit Gasthaus zum nicht einladen. ler, wirt, Alzenberg. her, Bauer, Altburg. Altburg. besonderen Ein.

Vorgehen als eine unmittelbare Verletzung des russisch-japanischen Vertrags von 1905 angesehen werden müsse. — Es dürfte sich hier um eine amerikanische Tendenzmeldung handeln.

Griechische Erfahrungspreise an die englisch-ägyptische Regierung.
Athen, 3. Juni. (Agence d'Athènes.) Die diplomatischen Vertreter in Kairo und Alexandrien sind angewiesen worden, aus Anlaß der letzten Unruhen, durch die zahlreiche Griechen zu Schaden kamen, einen energischen Schritt bei der ägyptischen Regierung zu unternehmen und Sicherheitsmaßnahmen für die Zukunft zu verlangen. Ferner sollen sie erklären, daß Griechenland sich vorbehaltlich, Ersatz für die griechischen Opfer zu verlangen.

Der „ungeeignete“ amerikanische Botschafter in London.

London, 2. Juni. Aus Washington wird gemeldet, daß Senator Mac Ciar in einer Rede die Abberufung des amerikanischen Botschafters in London, Harvey, wegen seiner Rede bei dem Essen der Bilgrims, die eine Verleumdung der amerikanischen Regierung sei, forderte. Harvey sei zum Vertreter sowohl der amerikanischen Regierung wie des amerikanischen Volkes ungeeignet. Weiter zufolge wird in zahlreichen Kreisen der Vereinigten Staaten die Rede des amerikanischen Botschafters in London stark kritisiert. „Newspaper Times“ nennt die Ausfaltung Harveys über den Grund des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Krieg einen Fehler, schlimmer als ein Verbrechen. — Der amerikanische Botschafter Harvey, der im September 1914, als die Franzosen anlässlich des deutschen Vormarsches mit dem Gedanken eines Sonderfriedens spielten, die französische Regierung zum Aushalten bestimmte, indem er die Hilfe Amerikas versprach, hat jetzt in London etwas aus der Schule gesprochen, indem er die wahren Gründe des engen Zusammenschlusses der angelsächsischen Staaten offen darlegte, während man doch Interesse daran hat, der Welt vorzumachen, daß Amerika nur aus Idealismus und zur Bekämpfung des deutschen Militarismus in den Krieg eingetreten ist. Die Schrift ist.

Der amerikanische Flottenabrüstungschwandel.

Paris, 2. Juni. Havas meldet aus Washington, der Senat habe gestern das Gesetz über die Flottenausgaben in Höhe von 494 Millionen Dollar mit dem Abänderungsantrag vorab angenommen. In dem letzteren wird bekanntlich Präsident Harding aufgefordert, eine Konferenz der Vertreter der Vereinigten Staaten, Englands und Japans zur Prüfung der Abüstungsfrage einzuberufen.

Aus dem besetzten Gebiet. Ersatz der englischen Rheinlandtruppen durch französische?

Köln, 1. Juni. Wiederholt ist gemeldet worden, daß die für Oberschlesien bestimmten englischen Truppen durch französische ersetzt würden. Heute nun meldet Havas, daß die britische Regierung das französische Anerbieten, die nach Oberschlesien abtransportierten englischen Bataillone durch französische zu ersetzen, abgelehnt habe, da England die entstehenden Lücken durch entsprechende Transporte aus der Heimat ausfüllen würde. Sollte diese Nachricht zutreffen, so würde sie ein sehr beachtenswertes Licht auf die englisch-französische Waffenbrüderlichkeit am Rhein werfen. Nach den verschiedenen Nachrichten waren seitens der französischen militärischen Oberleitung im Rheinland bereits Vorbereitungen getroffen worden, um in die verlassenen englischen Quartiere französische Truppen hineinzuführen. Anscheinend hat man englischerseits jedoch die französische Absicht richtig eingeschätzt, die darauf hinausläuft, dem französischen Militarismus immer weitere rheinische Gebiete zu unterstellen. Vielleicht war bei der englischen Ablehnung des französischen Anerbietens auch die Erwägung mitbestimmend, daß das nicht einwandfreie Verhalten der französischen Truppen in Oberschlesien den Abtransport englischer Truppen aus dem Rheinland veranlaßte. Das eine ist sicher, daß man in Kreisen der englischen Rheinlandbesatzung das französische Anerbieten mit sehr gemischten Gefühlen betrachtete.

Das Blatt Dr. Dortens eingezogen.

Köln, 1. Juni. Der „Rheinische Herold“, das Blatt des Führers der rheinischen Separatisten, Dr. Dorten, ist zum Preise von 750 000 M an den Verein nationaler Presse verkauft worden und stellt am 1. Juni sein Erscheinen ein. Die rheinischen Separatisten, die bei jeder neuen politischen Konstellation krampfhaft versuchten, eine Rolle im Rheinland zu spielen, bestanden mit dieser Auflösung ihres Propagandaorgans, daß sie im Rheinland keinen festen Fuß fassen konnten. Obgleich diese Tatsache seit langem immer wieder festgestellt wurde, trieb Dr. Dorten in seinem Blatt eine wüste Hege gegen das Deutschland im Rheinland. Er erließ Proklamationen und Aufrufe zur Errichtung einer rheinischen Republik u. tat so, als ob er die gesamte rheinische Bevölkerung hinter sich wüßte. Aus Leserkreisen konnten dem „Rheinischen Herold“ Einnahmen nicht erwachsen. Die Gelder sind offenbar aus zum Teil trüben Quellen und zweifellos von interessierter Seite geflossen und scheinen angehts der Zwecklosigkeit der Agitation für die Lösung der Rheinlande ganz verlegt zu sein. Man darf gespannt sein, was Dr. Dorten mit den verdienten 750 000 M inszenieren wird.

Wirtschaftliche Not.

Frankfurt a. M., 2. Juni. Der mittelhessische Fabrikantenverein (Stg Mainz) weist in einer längeren Zusammenstellung daraufhin, daß die wirtschaftliche Not im besetzten Gebiet infolge der Erschwerungen durch die Rheinpfalzlinie im erheblichen Steigen begriffen ist und wachsende Erbitterung erzeugt. Die Schwierigkeiten der Welterwirtschaftung der Arbeiter und Angestellten werden immer größer, zumal die Absatzmöglichkeit außerordentlich gesunken ist und bis um vier Fünftel gegenüber der normalen Zeit abgenommen hat. Die Entlassungen von Arbeitern haben vielfach einen Satz von 50% erreicht. Dazu kommt als weitere Erschwerung die Langsamkeit der Arbeit der Eisen- und Ausfuhrstellen, die manchen Industrie-

Amliche Bekanntmachungen.

Änderung des Gebäudebrandversicherungs- und Feuerversicherungsgesetzes und Neu- anmeldungen zum Abschluß von Feuerversicherungen.

Durch das Gesetz vom 21. April d. J. und die Vollzugsverordnung hierzu wird den Gebäudeeigentümern im Brandschadensfall zu der Friedensversicherungssumme ein Zuschlag von 500% gewährt, so daß bei Vollschäden die odenkliche Entschädigungssumme bis zum Schaden der Friedensversicherungssumme betragen kann.

Zu dieser Versicherung können die Gebäudeeigentümer außerdem noch eine Teuerungsversicherung zur Friedensversicherung bis zu 400 Prozent beim Ortsvorsteher beantragen.

Die bisher bestehenden Kriegsversicherungen sind, soweit sie bis zu 500% betragen, mit Wirkung vom 1. Jan. 1921 außer Kraft gesetzt, im übrigen werden sie, wenn der Gebäudeeigentümer keinen anderen Antrag beim Ortsvorsteher stellt, um 500% gekürzt, so daß beispielsweise eine P.V. von 600% jetzt in eine Teuerungsversicherung von 300% umgewandelt wird.

Anträge auf Teuerungsversicherungen sind spätestens bis 1. Juli d. J. beim Ortsvorsteher zu stellen. Die Gebäudeeigentümer werden jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß beim Eingehen einer Teuerungsversicherung die Versicherungsbeiträge entsprechend erhöht werden.

Die Ortsvorsteher wollen die beteiligten Kreise auf diese neuen Bestimmungen hinweisen und die eingehenden Anmeldungen spätestens bis 15. Juli d. J. dem Oberamt vorlegen. Die nötigen Anmeldeformulare sind den Schultheißenämtern bereits zugegangen.

Calw, den 1. Juni 1921. Oberamt: G 5 S.

zweigen, so der chemische Industrie, die Ausfuhrerlaubnisse verlangen. In anderen Zweigen liegen die Hauptschwierigkeiten in der Unmöglichkeit des Austauschs von Halbfabrikaten mit dem unbesetzten Gebiet. Als weiterer Punkt kommt die Verzögerung durch die Verkehrskontrolle hinzu. Besonders betroffen sind von der schlimmen Lage die chemische Industrie, die Zigarettenfabrikation (die wettbewerbsunfähig geworden sind), die Holzbeharbung und -bearbeitung, die Kunstwolle- und Tuchfabrikation, die Kunstbaumwolle-Herstellung, die Halbpapierfabrikation, die Tabakfabrikation, die Delfsteinfabrikation, die Metallwarenfabrikation. Weitere Beschränkungen in dieser Hinsicht stehen bevor. Aufträge bleiben aus, vorliegende werden zurückgezogen. Die Meinung der Industrie geht dahin, daß ein wirtschaftlicher Zusammenbruch nicht zu vermeiden ist, wenn die Zolllinie weiter aufrecht erhalten wird. Allenfalls rückt die Ein- und Ausfuhr vollkommen und diese Stagnation macht täglich weitere Fortschritte. Sie hat auch auf die Banken übergriffen, deren Umsätze bedeutend zurückgegangen sind.

Neue Zeitungsverbote.

Mülheim, 1. Juni. Von der hiesigen Besatzungsbehörde wurden folgende Zeitungen auf acht Tage verboten: das „Echo vom Niederrhein“ in Duisburg, die „Volkzeitung für Ruhrort“, das „Mülheimer Tageblatt“, die „Samborner Volkszeitung“. Das „Echo vom Niederrhein“ durfte unter dem Titel „Rheinische Westfälische Mittagspost“ täglich zu erscheinen. Auch diese Ausgabe wurde von der Behörde verboten. Die Pressezensur hat mit außerordentlicher Schärfe eingeseht.

Streikgefahr in d. Hüttenindustrie des Saargebiets.

Saarbrücken, 2. Juni. Die Lage in der Hüttenindustrie des Saargebiets hat einen äußerst gefährlichen Charakter angenommen. Im Laufe des gestrigen Nachmittags ist es bereits zu einem Streik gekommen, indem die Arbeiter der größten Hütten in Völklingen, Dillingen und Hostenbach die Arbeit niederlegten. Eine vom Deutschen Metallarbeiterverband (Freiwerkerschaft) unter seinen Mitgliedern vorgenommene Abstimmung ergab, daß sich 93 Prozent für den Streik erklärten. Die Arbeitgeber machten in neuen Verhandlungen schließlich einen Vorschlag, den sie als endgültig letzten bezeichneten. Danach soll im Monat Juni der Lohnabbau um 5 Prozent und im Juli um weitere 5 Prozent durchgeführt werden. Vom 1. August ab soll der ganze Lohnabbau, wie er von den Arbeitgebern beabsichtigt ist, in Kraft treten, und zwar eine Kürzung des Tarifstundenlohns um 20 Prozent oder des Gesamtlöhns um 15 Prozent. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die Arbeiter in Völklingen und Hostenbach freuten weiter. Die Situation ist deshalb verschärft worden und es wird wahrscheinlich zu einem Teilstreik der freigewerkschaftlichen Arbeiter kommen, da die christlich organisierten Arbeiter zur Annahme des letzten Vorschlags neigen.

Ausbreitung von Besatzungstruppen.

Köln, 2. Juni. Die „Rheinische Zeitung“ meldet aus Eschweiler: In der vergangenen Nacht wurden bei einer Schießerei durch Besatzungstruppen ein Zivilist und ein Polizeibeamter getötet und eine zweite Zivilperson schwer verletzt.

Bermischtes.

Die zunehmende Bevölkerungsverminderung in Frankreich.

Berlin, 3. Juni. Der „Reichs-Verein“ schätzt, daß nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung die Bevölkerungsverminderung in Frankreich trotz des Zuwachses von Elend-Verkrüppelten 1 1/2 Millionen beträgt.

Staatsbeamtenstreik in Spanien.

Rom, 1. Juni. Nach einer Stefani-Meldung sind die Staatsbeamten in eine Reihe von Einzelstreiks eingetreten, da der Finanzminister die Befriedigung ihrer Gehaltsforderungen mit Rücksicht auf die Lage der Staatsfinanzen abgelehnt hat. Die Eisenbahner und gewisse Klassen von Beamten haben sich dem Anschluß nicht angeschlossen. Die Regierung hat Maßnahmen getroffen, um der Lage zu begegnen. Glottki wird heute in Rom erwartet.

Der Prozeß gegen die Mörder Lalaat Paschas.

Berlin, 2. Juni. Vor dem Landgericht II begann heute der Prozeß wegen der Ermordung des ehemaligen türkischen Ministers Lalaat Pascha. Der Raum für das Publikum ist nicht gefüllt. Unter den Zuhörern bemerkt man viele orientalische Typen.

Der Abschluß einer Tragödie.

Berlin, 3. Juni. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus München meldet, haben Bergführer im Zugspitzgebiet die Leiche der Ge-

stieherin Milli Stopps aufgefunden, die vor 14 Tagen in München die Gattin des Arztes Dr. Hannemann erschossen hatte.

Wasservergiftung.

Berlin, 2. Juni. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ erkrankten in Düren bei einer Hochzeitsfeier 30 Hochzeitsgäste unter Vergiftungserscheinungen. Die Ursache der Erkrankung ist noch nicht aufgeklärt.

Deutschland.

Der preussische Haushaltsplan für 1921.

Berlin, 2. Juni. Der preussische Finanzminister hob bei der Vorlegung des Haushaltsplans für 1921 hervor, daß der Etat im Rahmen der finanziellen Lage Gesamtdeutschlands bewertet werden müsse. Letzten Endes könne auch das Reich seine Verpflichtungen nur dann erfüllen, wenn die Länder finanziell gesund seien. Die Einnahmen weisen gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 43 Milliarden auf. Für den Fehlbetrag von 2,3 Milliarden müssen die Deckungsmittel noch gefunden werden. Der Grund für die Erhöhung der Ausgaben liegt im allgemeinen Sinken des Geldwertes, was vor allem auf dem Gebiete der Beamten- und Lehrerbefehlsungen sehr erheblich höhere Ziffern notwendig macht. Bei der Erschließung neuer Steuerquellen muß vorsichtig zu Werke gegangen werden. Wichtig ist vor allem, daß auch weiterhin an der Vereinfachung der Verwaltung und der Einschränkung der Beamten- und Angestelltengehälter gearbeitet wird. Auf den augenblicklichen Ernst unserer politischen Lage hinweisen, führte der Minister aus, daß Preußen zweifellos das deutsche Land sei, das durch den Krieg und seine Folgen am meisten in Mitleidenschaft gezogen wurde. Daß Oberschlesien aus dem ungeteilten und unmittelbaren Zusammenhang mit Preußen-Deutschland wirtschaftlich getrennt sein kann, haben die Dinge in der letzten Zeit lehren müssen.

Streckung der Kohlenvorräte der Reichseisenbahnen.

Berlin, 2. Juni. Infolge der durch die Ereignisse in Oberschlesien und dem Bergarbeiterstreik im niederschlesischen Kohlenrevier hervorgerufenen Kohlenknappheit hat der Reichskohlenkommissar an das Reichsverkehrsministerium die dringende Mahnung gerichtet, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln eine Streckung der zum Teil im Besitz der Eisenbahn befindlichen Kohlenvorräte zu erzielen. In diesem Wunsch des Reichskohlenkommissars will die Eisenbahnverwaltung durch geeignete Betriebsmaßnahmen Rechnung tragen. Sie hofft jedoch, den Verkehr in vollem Umfang aufrecht erhalten zu können.

Vom deutschen Bergarbeiterverbandstag.

Gießen, 3. Juni. Auf dem Verbandstag der deutschen Bergarbeiter wurden die Streiks, die Gemahregelten, die Arbeitslosen, die Kranken- und die Sterbeunterstützung ganz wesentlich erörtert. Es werden künftig 3 M. Streikgelder bis zu 96 M. pro Woche bezahlt, wozu noch Sonderzuschüsse für Ehefrauen und Kinder kommen. Der Vorsitzende, Waldemar Vothum, sprach sich dann zu Gunsten der Kooperationsgemeinschaft aus, in denen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen gleichberechtigt seien. Pieper-Dortmund trat für den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft ein. Der hiesige Delegierte hielt dann in deutscher Sprache eine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Abschiedsrede. Der Verbandsvorsitzende Kustermann wies darauf hin, daß die hiesigen Bergarbeiter als erste wieder auf einem deutschen Kongress erschienen seien. Der Beschluß des letzten internationalen Arbeiterkongresses in Genf „Nie wieder Krieg“ müsse Wahrheit werden. — Damit fand die Entente der Arbeiter natürlich imstande, denn die Entente beherrscht jetzt doch alle Rohstoffgebiete der Welt und hat die ungenügende deutsche Konkurrenz erledigt.

Die Kriegsbeschuldigtenprozesse.

Kelzija, 2. Juni. Das Urteil im Prozeß Neumann wurde heute Mittag 12 Uhr verkündet. Der Angeklagte wurde wegen Mißhandlung Untergebener in 12 Fällen und wegen Verleumdung eines Untergebenen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, im übrigen freigesprochen. Die Untersuchungshaft wurde auf die Strafe angerechnet.

Stapelkauf eines neuen deutschen Dampfers.

Berlin, 3. Juni. In Bremen ist gestern der 17 000 Tonnen große Dampfer „Bavaria“ von der Bremer Vulkanwerft für die „Hapag“ vom Stapel gelaufen. Die Taufrede hielt der bayerische Ministerpräsident v. Kahr.

Der Marinegedenktag.

der für die während des Krieges gefallenen Marineangehörigen in München vom 28. bis 30. Mai stattfand, gestaltete sich zu einer ergreifenden nationalen Kundgebung. Nach einem Begrüßungsabend im größten Saale Münchens am letzten Samstag fand am Sonntag vormittag im Odeon-Saal der Mittelpunkt des Marinegedenktes in Form einer großen Trauerfeier statt. Zu dem Trauerakte hatten sich u. a. General Ludendorff, Feldmarschall Prinz Leopold in voller Generalsuniform eingeschrieben, ferner als Vertreter des Hauses Wittelsbach die Prinzen Ludwig Ferdinand und Adalbert mit Gemahlin, sowie eine große Anzahl von Admiralen und ehemaligen Marineoffizieren, aus allen Ecken Deutschlands waren Vertreter der ehemaligen deutschen Marine nach München geeilt, um an der Gedenkfeier für die gefallenen Marinelameraden teilzunehmen. Der weltliche Odeon-Saal war vordringlich ausgemäht und wirkte durch die verschiedenen Marineabzeichen äußerst himmelstreichend. So sah man als Symbol der durch die brutale Gewalt des Feindbundes zerstörten deutschen Marine eine zerbrochene Waage mit der Flagge am Boden. Diese Einschmückung erinnerte an das Denkmal, das zur Erinnerung der gefallenen Helden der deutschen „Flotte“ errichtet worden war. Der Trauergebetete hielt Admiral Schler v. Mann-Dieckhoff, der Vize-Admiral der deutschen Marine im Weltkrieg setzte. Eine besondere Ueberraschung bot die erste Darstellung des Filmes der „Gera“-Kriegsschiff.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland.

Aus C

Zweite th

Die diesjährige zweite Erfolgsbestanden der

Calw.

Oberschlesien die

hm Ueber dieses

hiesigen Hof“ der Le

Verbände heimkehr

Stuttgart einen Vortrag

des Interesses. Der ung

die furchtbaren Untaten

sprach. Darum soll au

werden, um gegen diese

Nach dem Vortrag wick

vorführen, was auch für

ist zu hoffen, daß alle

besuchen, kommt doch a

sammungen, die sich im

beziehen. — Im

Neumann sind eine Rei

Vergütung von Le

Wie wir hören, ha

sehes über die Vergü

deutsche Macht seine

ist nimmere dem Reich

in dem Geleß vorgegeh

können nötig werden.

einer Stelle des Reichs

wenn Truppen zur

Truppenübungsplätze

transport, sondern im

lösung der Vergütun

lungen sind bei

lassen eine bringende

Arbeitsbeschaffung

Bei dem Arbeitsan

ten arbeitswillige In

kommen und schon i

Jahr 1920 wurden dur

Stellen 1771 brauchb

darunter Industriearb

gemacht worden. Au

Bermittlung, die unter

los erfolgt. Die Arb

die Bau- und Getreide

Arbeitsamt Stuttgart

mittlung ihres Bezirke

Verbot der Heerfe

Die Verfügung des

bot der Herstellung v

weiteres in Kraft.

Umsatz

Im Handelsregister

Eingetragt: „Oskar

Calw“; Inhaber: Oskar

den 31. Mai 1921.

Der Gericht

Allgemeine

für den Obe

Bekannt

Bei der am 24. M

Aus

hab auf die Dauer von

8 Vertreter de

8 Ersatzmänn

16 Vertreter de

16 Ersatzmänn

Die Liste über die

der Hauptkasse in Calw,

4.-10. Juni, von vorm

angehen werden.

Arbeitgeber, welche

der Wahl bezeugt sind,

machen wollen, werden

Zahlungsfrist dem

Calw, den 28. Mai

Der W

Der Kassen-

Aus Stadt und Land.

Calw, den 3. Juni 1921.

Zweite theologische Dienstprüfung.

Die diesjährige zweite theologische Dienstprüfung hat u. a. mit Erfolg bestanden der Pfarramtsbewerber Oberlehrer Schütz aus Calw.

Oberschlesien die Grundlage für den Wiederaufbau des Reichs.

Im Ueber dieses Thema wird am Montag, 6. Juni, im „Völkischen Hof“ der Leiter der Zentrale Württemberg der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, Redakteur Heuleshoven-Sittigart einen Vortrag halten. Oberschlesien steht im Mittelpunkt des Interesses. Der ungeheure Rechtsbruch der polnischen Regierung, die furchtbaren Untaten in Oberschlesien erfordern schärfsten Einspruch. Darum soll auch hier eine Protestversammlung abgehalten werden, um gegen diesen frivolen Landraub Stellung zu nehmen. Nach dem Vortrag wird der Redner Oberschlesiens Wert im Wilde veranschaulicht, was auch für die Schulen am Nachmittag geschieht. Es ist zu hoffen, daß alle Bevölkerungsschichten diese Protestkundgebung besuchen, kommt doch aus diesen Orten Kunde von überfüllten Versammlungen, die sich mit der Frage der Vorgänge in Oberschlesien beschäftigen. — Im Schauspiel des Warenhauses Geschwister Klemm sind eine Reihe von Bildern aus Oberschlesien ausgehängt.

Bergütung von Leistungen an die bewaffnete Macht.

Wie wir hören, hat der Reichsrat dem Entwurf eines Gesetzes über die „Bergütung von Leistungen für die bewaffnete Macht“ seine Zustimmung gegeben. Der Gesetzesentwurf ist nunmehr dem Reichstag zur Beschlussfassung zugegangen. Die in dem Gesetz vorgesehenen Leistungen für die bewaffnete Macht können nötig werden, wenn Teile des Reichsheeres an irgend einer Stelle des Reichs zusammengezogen werden müssen oder wenn Truppen zur Vermeidung der teuren Bahnfahrt die Truppenübungsplätze von ihren Garnisonen aus nicht in Bahntransport, sondern im Fuhrmarsch zu erreichen suchen. Die Erhöhung der Vergütungen für die im Gesetz vorgesehenen Leistungen sind bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen eine dringende Notwendigkeit.

Arbeitsbeschaffung für landwirtschaftliche Arbeiter.

Bei dem Arbeitsamt Stuttgart haben sich für landw. Arbeiten arbeitswillige Industriearbeiter gemeldet, die vom Lande kommen und schon in der Landwirtschaft tätig waren. Im Jahr 1920 wurden durch das Arbeitsamt von 2020 angemeldeten Stellen 1771 brauchbare Leute der Landwirtschaft zugeführt, darunter Industriearbeiter, mit denen meist gute Erfahrungen gemacht wurden. Auch heuer übernimmt das Arbeitsamt die Vermittlung, die unter sachmännlicher Leitung und völlig kostenlos erfolgt. Die Arbeitgeber (Landwirte), die Hilfskräfte für die Heu- und Getreideernte bedürfen, können sich direkt an das Arbeitsamt Stuttgart, Telefon 20300, wenden oder die Vermittlung ihres Bezirksarbeitsamts benützen.

Post nach Amerika.

Von jetzt an sind im unmittelbaren Verkehr von und nach den Vereinigten Staaten von Amerika Postpakete bis zum Gewicht von 10 Kilo zu den gleichen allgemeinen Beförderungsbedingungen wie bisher im Gewicht bis 5 Kilo zugelassen. Die Beförderungsgebühr für Sendungen im Gewicht von über 5 bis 10 Kilo beträgt jetzt 35 Mark.

Verbot der Herstellung von Branntwein aus Obst.

Die Verfügung des Ernährungsministeriums über das Verbot der Herstellung von Branntwein aus Obst bleibt bis auf weiteres in Kraft.

Wiesen- und Viehstand im Allgäu.

Der Stand der Wiesen im Oberallgäu, diesem herrlichen Milch- und Fleisch-Produktionsgebiet Bayerns, ja Süddeutschlands, ist ganz ausgezeichnet, so daß mit guten Futtermitteln gerechnet werden kann. Der Anstieg des Viehs auf die Gemeindegrenze hat bereits ziemlich allgemein begonnen; bleibt die Bitterung gut, wird in ca. 3 Wochen der Alpenantrieb erfolgen können. Das Vieh hat recht gut überwintert; auch ist, wie bei den jüngst vorgenommenen Impfungen festgestellt werden konnte, eine merkliche Zunahme des Viehstandes zu verzeichnen.

Nutmäßliches Wetter am Samstag und Sonntag.

Bei fast unveränderter Luftdruckverteilung ist am Samstag und Sonntag einige Bewitterung, sonst trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Kindereisend.

(S. B.) Von der bayerischen Grenze, 2. Juni. Eine der traurigsten Folgen des Krieges ist das überall mehr oder weniger herrschende Kindereisend. Ein Beispiel ist die Stadt Kempten, deren Schulkinder ein erschütterndes Bild schreienden Kindereisendes gibt. Von 4497 Kindern in Kempten sind nach sorgfältigen Erhebungen u. Prüfungen 137 tuberkulös und tuberkuloseverdächtig; 244 haben Rachitis; 1080 sind mehr oder minder unterernährt; 105 haben nur ein Hemd; 198 haben nur zwei Hemden; 354 Kinder müssen als Hülfskinder aufs Land, um vom Tische der Eltern zu kommen; 25 Kinder haben kein eigenes Bett; 3 Kinder haben gar kein Bett; 471 haben kein Taschentuch.

(S. B.) Weßlerstadt, 2. Juni. Der Gemeinderat beschloß eine neue Turnhalle zu erstellen mit einem Vorkurschlag von 1/2 Millionen Mark. Die Turnhalle soll gleichzeitig auch Festhalle werden und Raum bieten für 700 Sitzplätze. Zur Bewirtung wird eine Küche eingebaut. Später soll auch ein Bad eingerichtet werden.

(S. B.) Stuttgart, 2. Juni. Im ersten Vierteljahr 1921 sind auf den fünf Bahnhöfen Groß-Stuttgart 1437 215 Fahrkarten und 69 686 Zettelfahrten ausgegeben worden, die eine Einnahme von 9,89 Millionen Mark erbrachte. Auf der Straßenbahn wurden in den ersten 3 Monaten des Jahres 20 877 640 Personen befördert, im Tag also 231 974. Die Betriebseinnahmen der Straßenbahnen von Januar bis März betragen 9,2 Mill. Mark. Der Fremdenverkehr betrug im Januar 21 997, im Februar 19 140 und im März 22 121 Personen, die in Hotels, Wirtschaften, Herbergen und Obdachlosenheimen nächtigten.

(S. B.) Stuttgart, 1. Juni. Die Stadtverwaltung hat vor einiger Zeit das rund 90 Meter umfassende Leuzische Bad in Berg erworben, auf dem nun ein herrliches Licht- und Luftbad eröffnet wurde. Das Bad kostete 580 000 Mark, die baulichen Instandsetzungen etwa ebensoviel, außerdem das Licht- und Sonnenbad 83 000 Mark. In den Gebäuden ist das Altersheim für 60 Männer und Frauen untergebracht.

(S. B.) Stuttgart, 2. Juni. Der Deutsche Textilarbeiterverband, Gau Württemberg, Baden und Pfalz, hielt kürzlich hier eine Konferenz ab, die von 117 Delegierten besucht war. Der bisherige Gauleiter Hoshka wurde wieder gewählt. Die Mitgliederzahl hat sich in den letzten 1 1/2 Jahren von 28 356 auf 52 617 gesteigert. Die Konferenz lehnte die Bestrebungen auf Anschluß an die Moskauer Internationale als Glied der kommunistischen Partei Deutschlands ab, weil dies die Aufgabe der Selbstständigkeit des Verbandes zur Folge haben müßte.

(S. B.) Eßlingen, 2. Juni. Der Eingang von Hausbrandtöfen hat bedeutend nachgelassen. Im April sind 125 Wagen hier eingegangen, im Mai nur 33 Wagen. Die Ursachen liegen in dem Ausfall der ober-schlesischen Kohle, in der Kündigung des Ueberlieferungsabkommens seitens der Bergarbeiter und in den Zwangssteuerungen an die Entente.

(S. B.) Wadnang, 1. Juni. Die Frey Häuser-A.-G. Leberfabriken hier, haben sich beschwerdeführend an den Gemeinderat gewendet und gegen die außerordentlich hohe Belastung der Gewerbebetriebe durch den die sonst üblichen Sätze übersteigenden Umlagesatz von 40 Proz. Einsprache erhoben. Die Firma kündigt Besetzung ihrer Einkaufs- und Verkaufs-Organisation an, wenn nicht durch sparsame Wirtschaft dem unerträglichen Hinausschnellen Einhalt gesetzt werde, so daß hier nur der eigentliche Fabrikationsbetrieb durch Steuer herangezogen werden könne. Sie sei dazu genötigt, um nicht in Nachteil zu kommen gegenüber Konkurrenzfabriken. Der Gemeinderat beschäftigte sich eingehend mit der Beschwerde und wies Vorwürfe und die Einsprache als sachlich ungerechtfertigt ab. Das Gewerbesteuerkataster für die Gemeindeumlage betrage in Wadnang 5,3 Mill., in Kirchheim-Teck 5,8 Mill., in Waiblingen 3,2 und in Wadnang nur 2 258 000 Mark.

(S. B.) Vörsch, 2. Juni. In das Handelsregister des Amtsgerichts Weßling wurde die Firma Moser-Bekleidungsgesellschaft, eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 14. Mai 1921 errichtet. Dem Gegenstand des Unternehmens bildet: 1. Die Anlage von Heil- und Arzneikräuterkulturen, der Handel mit Heil- und Arzneikräutern und die Verwertung solcher Kräuter zu ätherischen Ölen, Extrakten aller Art und ähnlichen, insbesondere auch technischen Zwecken, sowie der Vertrieb dieser Produkte. 2. Der Betrieb einer Stofffabrik. 3. Die Herstellung und der Vertrieb von pharmazeutischen und kosmetischen Präparaten, sowie die Herstellung und der Vertrieb aller in die zu 1. bis 3. genannten Betriebe einschlagenden Artikel. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 1 250 000 Mark und zerfällt in 1250 auf den Inhaber lautenden Aktien im Nennbetrag von je 1000 Mark. Zu Vorständen der Gesellschaft sind bestellt worden: Kaufmann Wilhelm Rastbinder (Stuttgart), Kaufmann Friedrich Jakob (Stuttgart). Die Gründer der Gesellschaft sind: Freiherr Freih. von Gemmingen-Hornberg, Stuttgart; Kommerzienrat Moritz Marg in Stuttgart; Ratschreiber Wilhelm Kühle, Cannstatt; Otto Martin, Kaufmann, Cannstatt; Privatgelehrter Theodor Reinhardt in Hamburg. Diese haben sämtliche Aktien übernommen.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelischer Gottesdienst.

2. Sonntag n. Trinit., 5. Juni 1921. Vom Turm 316. 8 Uhr Frühpredigt: Stadtpfarrerwewe Josef Hans, 9 1/2 Uhr Hauptpredigt; Predigtlied: 303 Kehre wieder. Defan Keller. 10 1/2 Uhr Sonntagschule. 1 Uhr Christenlehre, Söhne, ältere Abteil.

Donnerstag, 9. Juni 1921. Bibelfunde abends 8 Uhr Defan Keller.

Katholischer Gottesdienst.

Sonntag, den 5. Juni 1921. 8 Uhr Frühmesse, 10 1/2 Uhr Predigt, Ant und Christenlehre; 2 Uhr Andacht. Montag, 8. Juni, Gottesdienst in Liebenzell.

Gottesdienste der Methodisten-Gemeinde.

Sonntag, den 5. Juni. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, 11 Uhr Sonntagschule. Abends kein Gottesdienst. Mittwoch, 8. Juni: Bibelfunde, 8 1/2 Uhr. Stammheim: Nachm. 1/2 Uhr: Gottesdienst. Mittwoch, 8. Juni: Bibelfunde.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltsmann, Calw. Druck und Verlag der A. Dörschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
Buttermarke IV kann eingelöst werden.

Amtsgericht Calw.
Im Handelsregister wurde heute eingetragen die neue Einzelfirma: „Oskar Schlanderer, Biernebelgerate u. Calw“; Inhaber: Oskar Schlanderer, Kaufmann in Calw. Den 31. Mai 1921.
Der Gerichtsschreiber: Obersekretär Heth.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.
Bekanntmachung.
Bei der am 24. Mai 1921 vorgenommenen **Auswahl** sind auf die Dauer von 4 Jahren gewählt worden:
8 Vertreter der Arbeitgeber und
8 **Erstjahrmänner**,
16 Vertreter der Arbeitnehmer und
16 **Erstjahrmänner**.
Die Liste über die Gewählten kann im Stabszimmer der Hauptkasse in Calw, Lederstraße 161, in der Zeit vom 4.-10. Juni, von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 6 Uhr eingesehen werden.
Arbeitgeber, welche nach § 17 der Reichsversicherungsordnung — und nach der Satzung § 92 — zur Ablehnung der Wahl befugt sind, und von diesem Recht Gebrauch machen wollen, werden aufgefordert, dies innerhalb der Wahlbestimmungsfrist dem Kassenvorstand anzuzeigen.
Calw, den 28. Mai 1921.
Der Vorstandsvorsitzende: Blauh.
Der Kassens- und Rechnungsführer: Prof.

Gärtringen. Laubstammholz-Verkauf.
Am Dienstag, den 7. Juni u. Mittwoch, den 8. Juni werden aus den Gemeinde- und Stiftungswaldungen verkauft:
182 Eichen
6,14 I., 2,49 II., 13,75 III., 33,67 IV., 22,60 V., 8,34 VI. Kl.,
13 Buchen
1,19 I., 5,38 III., 5,88 IV., 0,31 V. Kl.,
28 Birken
1,44 IV., 4,77 V., 1,44 VI. Kl.,
3 Kiefern
0,42 IV., 0,50 V. Kl.
Zusammenkunft Dienstag, den 7. Juni morgens 8 Uhr im Heiligenswäldle, Mittwoch, den 8. Juni, an der Lehmgrube Deckensprosser Straße.
Gemeinderat.

Zu beachten!
Braune und schwarze, sowie **Werktags-Stiefel** für Erwachsene und Kinder,
Hauschuhe aller Art, billig, kommende Woche treffen ein
Lebersandalen
Karl Stoll, Schuhmacherm., Calw Haggasse.

Bett-Streichwachs empfiehlt **H. Hauber.**
Junge fleißige **Frau** sucht Beschäftigung im Waschen und Bügeln. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes und das Arbeitsamt.

Bitte den **Schirm**, welcher vorige Woche bei mir **verwechselt** wurde, abzugeben, das Frau erkannt wurde.
F. Lamparter.

Verloren
ging auf dem Wege vom Bahnhof bis zum Waldhorn eine silberne **Armbanduhr** mit schwarzem, abgetragenem Band.
Abzugeben gegen gute Belohnung auf der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Haushälterin!
Welcher gebildete, allein-stehende Herr, eventl. auch mit 1-2 Kindern, würde besser gebildeter Witwe mit Tochter angenehmes Heim bieten, gegen Verrichtung des Haushalts, Kochen, Waschen, Flicken usw.? Schwarzwald-Villa mit Garten bevorzugt. Angeb. erb. unt. „Heimat“ 12a an die Gesch. ds. Bl.
Gesucht wird ein 14 bis 18 Jahre alter

Knecht
für leichte landwirtschaftliche Arbeiten.
Von wem? sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes u. das Arbeitsamt.

Paul Rächle :: Calw
Sommerjoppen für Herren und Knaben
Blaue Joppen für Burichen
Hosen und Herren
Anzüge
Swirn-Arbeitsjoppen für Herren und Knaben
Hosenträger :: Socken.

Junges gebildetes **Mädchen** sucht in Liebenzell oder Hirsau in besseres Haus als Stütze unterzukommen, wo Hilfe für grobe Arbeiten vorhanden. Betr. ist gewandt im Haushalt auch im Kochen, kann auch Stenographieren u. Maschinenschreiben. Angebote unt. „Hildegard“ 126 an die Gesch. ds. Bl. erbeten.

B Trompete gut im Ton, und eine bereits noch neue **Feuerwehrröhre** hat zu verkaufen.
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Postkarten Adresskarten erhalten Sie rasch in der A. Dörschläger'schen Buchdruckerei Calw.

Bad Liebenzell.
 Sonntag, den 5. Juni,
 nachmitt. 4-6 Uhr
Kurkonzert
 in den Städt. Kuranlagen.
 Ausgeführt von der
 Stadt-(Feuerwehr)Kapelle Pforzheim

Ottenbronn.
 Am Sonntag, den 5. Juni
**Gründungs-Feier des Rad-
 fahrer-Bereins „Vorwärts“**
 im Gasthaus zum „Abler“.
 Aufstellung des Festzuges 1/2 Uhr am Gasthaus
 zum „Hirsch“.
 Freunde und Gönner der Sache werden freund-
 lichst eingeladen. Der Ausschuß.
 Erstklassige Blechnußk.

Der Musikverein Wildberg
 macht am Sonntag, den 5. Juni, einen
Tanz-Ausflug
 nach Liebelsberg
 in das Gasthaus
 zum „Hirsch“
 und ladet Freunde und Gönner der Sache freund-
 lich ein.
 Der Vorstand.

Paul Räuchle, Calw
Calwer Wolldecken
 melierte Bettdecken
 Jaquarddecken
 Kamelhaardecken
 Bügeldecken
 Viehdecken
 große Auswahl, schöne Muster
 und neueste Preise.

Haltestelle Salmühle Oberamt Calw.
 Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am Samstag,
 den 4. Juni, nachmittags 4 Uhr, bei Frau Nausher,
 in deren Behausung, gegen Barzahlung:
 2 vollständige gute Betten, 1 Näh-
 tische, 1 Waschtisch (bereits neu), 1
 Waschkübel, 1 schwarzen Anzug für
 größere Person, Stiefel, 2 Ueberzieher,
 Krügen, Manschetten, Brüste, 1 zwei-
 schläfrige und 3 andere Bettladen teils
 mit Roß, 2 gute Tücher 600 und 400
 Liter haltend, Flaschen, 1 neue Trommel
 für einen 14jährigen Knaben, 1 Zentner
 Kartoffeln, sowie Verschiedenes.
 Liebhaber sind eingeladen.
 Stadlinventarverwalter Kolb.

Ein fast noch neues
Fahrrad
 hat zu verkaufen.
 Paul Breitling,
 Stammheim.
 Gebrauchte guterhaltene
**Wasch-
 Maschine**
 (Marke Schmedin)
 zu verkaufen.
 Wäß, Hirsau.

**Maulwurf-
 Felle**
 kauft
 Friedrich Volz, Handlg.,
 Oberreichenbach.
 Einen fast neuen
Anzug
 für größeren Herrn zu ver-
 kaufen. Näheres
 Untere Marktstr. 81.

„Daß der Kuchen lüchlig geht.“

Sinner Backpulver
„Nimm nur Sinner-Qualität!“
Para-likör Sinner A.G.
 Karlsruhe-Grünwinkel

Eugen Lebzelter :: Calw
 Schlossermeister, Lederstrasse, Tel. 178.
 Oekonomie- u. Wirtschaftsherde
 Haushaltungs- u. Siedlungsherde
 Oefen aller Arten
 Kupferschiffe jeder Grösse
 Waschkessel, Metzgereikesse
 in guter, moderner Ausführung.

**Das Geheimnis des
 Erfolges für jeden
 Geschäftszweig liegt
 heute mehr denn je
 in der Werbearbeit**


feuerio
Doppelfettseife
 30% Fett
 daher größte Ausgiebigkeit,
 das Beste für die Wäsche.
VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTTGART
 „Zu haben in allen einschlägigen Geschäften“

Paul Räuchle, Calw
 Aus dem Bekleidungsamt
 Ludwigsburg
wollene Herrenstoffe
 140 cm breit Mk. 28.50, 31.50

Schluss der Anzeigen-Annahme 8 Uhr.

Kaffee
 in bekannt guter
 Mischung.
 roh und jede
 Woche frisch
 gebrannt
 empfiehlt bestens
C. Serva
 Fernsprech-Nr. 120.

Statt besonderer Anzeigel
 Durch die Geburt eines
gesunden Jungen
 wurden hoch erfreut
 Dr. med. Siegfried Seeger
 und Frau Henny, geb. Henke.
 Neubulach, den 1. Juni 1921.

Oberkollbach-Eberspiel.
Herzliche Einladung
 zum
Gemeinschafts-Fest
 am Sonntag, den 5. Juni, nachmittags
 2 Uhr, im Garten des H. Schwämme
 Die Gemeinschaft.


**Veteranen-
 und Militär-Berein.**
 Morgen Abend 8 Uhr
Verammlung
 bei Kamerad Luz (Schleiberg).
 Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Paul Räuchle :: Calw
Große Auswahl
 in
**Kleiderzeugen
 Schurzzeugen
 Bettzeugen**
 Schöne neue Muster :: Billige Preise.

MARIE DORN, unlere Marktstr.
 Wegen vorgerückter Saison
 verkaufe ich sämtliche
Damen- und Mädchen-Hüte
 zu bedeutend herabgesetzten
 Preisen. — Empfehle
Braut-Kränze und -Schleier
 in schöner Auswahl. —
 Ebenso empfehle ich für den
 Hochsommer in Ia. Qualität
Blusen- und Kleider-Stoffe
 in Voile (weiß, rosa, hell-
 blau, helllila 116 cm breit),
 sowie Batist, Mull und
 Waschtüll, sehr preiswert.

Alle Hausfrauen
 kaufen Triumph-Möbel-Büch
Wunderschön
 Stets staubfreie, prachtvolle
 Möbel.
 Georg Pfeiffer, Calw;
 Fr. Lamparter, Calw;
 R. Otto Binçon, Calw.

Neue mittlere
**Kuhwagen,
 Wagen**
 sowie neue Ein- und Zwei-
 spänner.
 mit und ohne Leitern stets
 zu verkaufen. Preis mit
 Leitern 14, 15 u. 1600 Mk.
**Josef Dörs, Schmied,
 Schellbronn**
 Amt Pforzheim.

English. Who is giving
 lessons?
 Please, the address on
 Kiefer, Bischoffst. 460/111

**Frische
 Spargeln**
 I. Sorte,
 Pfund M. 3.50
Pfannkuch & Co.


 Nr. 127.
 Erscheinungswelle:
 Heft Nr. 2. — Aus

Fortschritt der
 Berlin, 3. Juni.
 der Reichstag heute d
 fert. Dazu ist ein W
 gierung das Mißtrauen
 Preußen (Soz.), die U
 schlußpunkt der Begnad
 minister Schiffer beto
 Ausnahmegesetze jete
 schwinden, sobald die
 Ein großer Teil sei be
 folgen. Nur sechs sol
 Abg. Dr. Stresemann
 des Ministers zu und
 macht werden, daß die
 abgelöst werde. Der
 des Reichsanstalters ein
 tenie in Bezug auf die
 schiffahrt, sowie das
 Frage. Auch die Ex
 Redners, der es bedau
 Mathenau dem Kabin
 wie Typisierung und
 denn diese liegen sich
 triebe anwenden, die
 ner schloß mit der Hof
 gelöst werden könne u
 in sachlicher Oppositio
 lachlicher Form zu der
 werde. Abg. Dr. Pfei
 rung sei es Pflicht, i
 die Regierung auf ein
 und Parteizänkereien
 lehung mit der Reichs
 die Sozialdemokraten
 er auch die geistige K
 danerte er, daß die De
 teilnehme. Wenn sie
 Kräfte dafür hergeben.
 hinaus nicht zu erschi
 ermahnt hatte, aus de
 herauszukommen und i
 Uebungen der Reichsw
 auf Eintrede der Ent
 nahm der Abg. Hüte
 händigen Dauerrede,
 händig leerte und in d
 Kommissionen gehört.
 Weiterberatung auf m
Ein indies
 Berlin, 4. Juni.
 Erklärung der Regierung
 schluß kommen. Dar
 wird gegen eine kleine W
 ten und Deutschnationa
 durch diese Ablehnung
 ausgesprochen wird, ind
 tien dahin überingekom

Zur Lag
Fortsetzung d
 Berlin, 3. Juni. D
 In der Nacht vom 1. au
 gerückt. Sie haben die
 Mann gefangen gerem
 über Bürger wurde weg
 fangsgelehrer erprobt word
 wäcker Deagoner in S
 einigen Tagen die Befeh
 fürchten war, bemitleid
 Gerecht, die Apo in C
 Meimig, wohin er seine
 Sicherungsmittel. Inbe
 bis Reichskontrollkurs die
 Tuppen für die Sicherh
 lichen Tuppen haben den
 entgegengekehrt. Oberst
 auf sofortige Räumung
 den Führer der Insurg
 noch nicht bekannt.
 Berlin, 3. Juni. 9
 am Mitttag machten i